

*Unsere Positionen für die Ratsperiode 2011 bis 2016.*

## ***Weitere Pluspunkte für Celle***

- **Wählen gehen**
- **Rote Mehrheit verhindern**
- **3 x FDP wählen**

## „Die Kommune ist die Keimzelle der Demokratie“

Theodor Heuss, 1. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Dieser Satz hat Bestand jetzt und auch in der Zukunft. Gerade vor dem Hintergrund eines weltweiten Waren- und Kapitalverkehrs gewinnt er immer mehr an Bedeutung. Globalisierung braucht Heimat. Und die Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, Heimat für die Menschen vor Ort zu gestalten.

Heimat ist dabei nicht nur ein Stück Erde, sondern auch die Geschichte, die sich auf ihr abgespielt hat, die Gemeinschaft der Menschen, vor allem aber das Gefühl, das jeder einzelne Bewohner mit einem Ort verbindet.



Die Zukunft unserer Stadt so zu gestalten, dass sich unsere Bürger in Celle wohlfühlen können und sie den Ansprüchen eines Oberzentrums gerecht wird, ist unsere Aufgabe. Hiermit verbunden ist die Frage nach der Finanzierbarkeit der Zukunft und die Überzeugung, dass keine Maßnahmen in Angriff genommen werden dürfen, wenn die Finanzierbarkeit nicht gesichert ist.

## 1. Liberaler Bürgergesellschaft vor Ort

In den Städten und Gemeinden haben die Bürgerinnen und Bürger die Freiheit und die Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Kommune einzubringen. Gerade vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft – Alterung, demografischer Wandel und Integration – stehen viele Kommunen in Niedersachsen vor großen Herausforderungen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wollen wir attraktive Lebensbedingungen erarbeiten für Frauen und Männer, für Kinder, Jugendliche, junge Familien und Senioren, für Inländer, Migranten und Ausländer, für Menschen mit und ohne Behinderungen.



Das Ehrenamt spielt für die liberale Gesellschaft vor Ort eine zentrale Rolle. Wir wollen es mit zentralen Ansprechpartnern in der Verwaltung für alle Fragen stärken um die Erfolgsquote auf über 50 % zu steigern.

Die Lebensadern einer liberalen Bürgergesellschaft sind Vereine und Institutionen. Hier organisieren viele Bürgerinnen und Bürger ihr ehrenamtliches Engagement und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Freiwillige Feuerwehren erfüllen mittlerweile nicht nur Brandschutzaufgaben. Gemeinsam mit Sport- und weiteren Vereinen sind sie, ebenso wie unsere Kirchen, Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens.

Für die Integration in die Gesellschaft ist das Beherrschen der deutschen Sprache Voraussetzung. Wir wollen daher Migranten und Ausländern schnellst möglich die Chance zur Teilnahme an Sprachkursen geben. Wir Liberale erwarten, dass Menschen in unserem Land, ungeachtet ihres religiösen oder kulturellen Hintergrunds und ihres Alters, sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen. Gerade vor Ort gibt es durch Sport- und Kulturvereine, durch Bürgerinitiativen und Freiwilligenverbänden zahlreiche Möglichkeiten sich zu engagieren. Integration ist somit immer ein Prozess, der sowohl von der Gesellschaft als auch durch den zu Integrierenden gestaltet und getragen **werden soll**.

Gesellschaftliches Leben spielt sich aber nicht ausschließlich in Vereinen und Institutionen ab, sondern dort, wo Menschen sich begegnen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentliche Raum den Bürgern gehört und nach Maßgabe demokratischer Entscheidungen uneingeschränkt genutzt werden darf, soweit die Rechte anderer nicht beeinträchtigt werden.

## 2. Demokratische Mitbestimmung

Die Kommune ist die Ebene, auf der eine breite und frühzeitige Bürgerbeteiligung am ehesten stattfinden kann. Wir Liberale wollen möglichst viele Bürger ermutigen, sich für die Entwicklung unserer Stadt zu engagieren. Nicht zuletzt die Proteste rund um den Bau eines neuen Stuttgarter Hauptbahnhofes haben – unabhängig von einer politischen Bewertung der konkreten Streitfrage – die Frage aufgeworfen, wie eine möglichst sinnvolle und konstruktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft ausgestaltet sein sollte. Während SPD und Grüne in Baden-Württemberg einen Bürgerentscheid um den Bau des Stuttgarter Bahnhofes vereinbart haben, haben sie und auch die CDU die von uns beantragte Bürgerbefragung bei der Umbenennung des „Helmut-Hörstmann-Weges“ abgelehnt.



Das Herzstück politischer Willensbildung sehen wir Liberale auch künftig in den politischen Parteien, ergänzt durch Bürgerinitiativen. Die demokratische Gesellschaft entwickelt sich in ihrer ganzen Vielfalt in unzähligen öffentlichen wie privaten und berufsständischen Organisationen.

Der Souverän der demokratischen Willensbildung ist und bleibt der Bürger. Demokratie bedeutet die mehrheitliche Willensbildung durch allgemeine Wahlen. Demokratie heißt die Mehrheit entscheidet über die Minderheit und nicht die Lauten oder die Starken über die Leisen und Schwachen.

Gleichzeitig muss es aber auch für parteilose Bürgerinnen und Bürger Partizipationsmöglichkeiten an der Kommunalpolitik geben. Deshalb sind die Elemente demokratischer Mitbestimmung zu stärken und einzusetzen.

### Die liberale Demokratiegesellschaft steht für:

- eine Stärkung der Kommunalparteien;
- rechtzeitige und treffsichere Informationspolitik **im Vorfeld von Ratsentscheidungen**, um Missverständnisse oder Vorurteile gar nicht erst entstehen zu lassen; die Weiterentwicklung der Bürgereingabe zu einer kommunalen Petitionsmöglichkeiten nach Vorbild des Deutschen Bundestages;
- die Einrichtung eines Video-Livestreams der Ratssitzungen über das Internet, um so künftig jedem Bürger einen Einblick in die Ratsarbeit zu ermöglichen;
- die stärkere Ausbildung von Bürgerhaushalten;
- stärkere Akzeptanz von Bürgeranhörungen.

### 3. Arbeit, Wirtschaft und Innovation

Arbeit und Wirtschaft sind wie alle Lebensbereiche einem steten Wandel ausgesetzt. Wir Liberale setzen auf fairen Wettbewerb und Transparenz. Die Stadt soll als Partner der Wirtschaft unbürokratische und transparente Antragsverfahren für Investitionsvorhaben anbieten und Unternehmen bei Neugründungen oder Erweiterungen zur Seite stehen. Das sichert und schafft mittel- und langfristig Ausbildungs- und Arbeitsplätze und erhält und steigert die Wirtschaftskraft unserer Unternehmen. Die Stadt soll Betriebe ermutigen, neue Einstellungs- und Aufstiegschancen für Frauen zu schaffen, zum Beispiel durch Kooperation bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten.



Unternehmen und Unternehmensgründer haben in der Regel verschiedene Kommunen als Standort zur Auswahl. Eine wichtige Rolle bei der Ortswahl spielen Entwicklungsperspektiven für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien. Daneben ist die Unterstützung von Unternehmensgründern und Ansiedlungswilligen durch Bereitstellung umfassender Standortinformationen insbesondere über das Internet wichtig. Celle kann durch ein klares Profil im Wettbewerb mit anderen Kommunen profitieren. Das gilt auch für den Ausbau aller wesentlichen Standortfaktoren wie Verkehrsinfrastruktur, Gewerbegebiete, Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen und Kultur. Die Leistungsfähigkeit einer Kommune ist nicht zuletzt durch die am Ort ansässigen Unternehmen und Selbständigen bestimmt.

#### **Liberaler Wirtschaftspolitik in Celle macht sich stark für**

- einen fairen Standortwettbewerb, in dem Handel, Handwerk und die Stadt gemeinsam für eine starke Wirtschaft vor Ort kämpfen;
- einen weiteren Ausbau schneller Internetverbindungen in unserer Stadt, um durch aktuelle technische Entwicklungen wettbewerbsfähig zu bleiben;
- eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt – privaten Unternehmen darf keine aus Steuern und Abgaben finanzierte Konkurrenz gemacht werden;
- Für Ansiedlung hochrangiger Einrichtungen aus Forschung und Lehre in unserer Stadt
- die Förderung von Vorhaben aus dem Bereich der Tiefengeothermie
- die Sicherung der Arbeitsplätze der SVO, als wohnortnaher Versorger und Unterstützer von regionalen Aktivitäten
- Kleine Unternehmen sollen künftig bei ihrer Anmeldung, ohne weitere Antragstellung, eine Sonderberechtigung zum Parken im Stadtgebiet erhalten.
- Die durch die "Deutsche Management Akademie Niedersachsen" aufgebauten Kontakte nach Osteuropa und Asien durch weitergehende Bildungsangebote nutzen und fördern,
- die Schaffung eines "Silikon Valley" für das Geothermie-Zentrum Celle um durch räumliche Nähe der Unternehmen im Geothermie-Bereich Synergien zu schaffen.
- Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- die über 30 Jahre alte Gestaltungssatzung für die Innenstadt zeitgemäß zu überarbeiten, weil es in vielen Lebensbereichen grosse Veränderungen gegeben hat.

### **3. Schule, lebenslanges Lernen und Sport**

Grundlage der Attraktivität einer Kommune ist auch ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot für die in ihr lebenden Menschen. Ein solches Bildungsangebot umfasst die frühkindliche Bildung, die Schulbildung, die Berufsausbildung, die Hochschulbildung und die Erwachsenenbildung einschließlich der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Am freiwilligen Ganztagsangebot an allen Celler Grundschulen wollen wir festhalten, den Eltern aber die Freiheit lassen, nachmittags die Betreuung ihrer Kinder selbst zu übernehmen.



Der Ausbau der frühkindlichen Bildung wurde in den letzten Jahren durch die FDP forciert. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Wir Liberale begrüßen dabei ausdrücklich die Leistung der vielfältigen Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Eine Betreuungsquote von 35 Prozent für die unter 3-jährigen wird dabei nur ein Zwischenschritt sein. Wir stehen jedoch nicht nur für den quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung, sondern stellen auch den qualitativen Ausbau in den Vordergrund, z.B. durch die Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und die Verkleinerung der Gruppen in den Kindertagesstätten.

Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule soll durch eine noch engere Verzahnung der Kindertagesstätten und Grundschulen erreicht werden. Den Grundschulen soll weiterhin ermöglicht werden, eine flexible Eingangsstufe einzuführen.

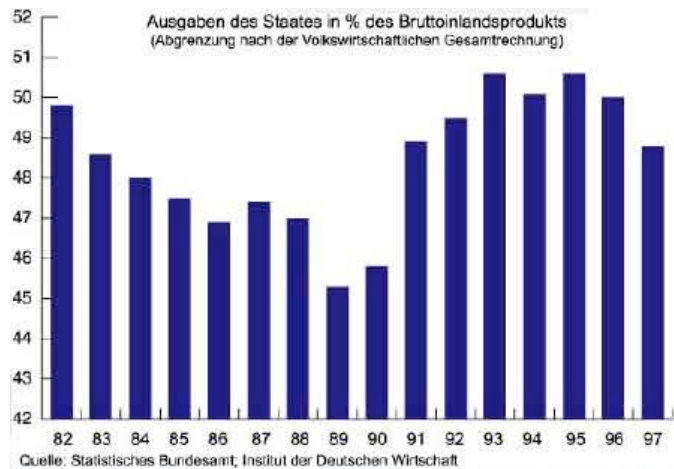
Unsere liberale Bildungspolitik setzt bei den weiterführenden Schulen auf ein differenziertes, vielfältiges und begabungsgerechtes Schulsystem, das Bildungsqualität sicherstellt. Es muss Schluss sein mit weiteren Organisationsdebatten. Notwendig ist eine zusätzliche Qualität von Schule, u.a. durch konsequente Einbeziehung der Leitlinien für Bildung für nachhaltige Entwicklung in den gesamten Unterricht.

**Liberaler Bildungs- und Sportpolitik in Celle will:**

- Bildungsqualität. Wir haben frühzeitig mit unserem Positionspapier Schule 2015 Maßstäbe für die Entwicklung unserer Schulen gesetzt und hierfür als einzige Partei den Qualitätsgedanken zum Maßstab genommen. Dies werden wir fortsetzen, weil es uns unabhängig von Kirchturmdenken macht und eine qualitätvolle Bildung für unsere Kinder sichert.
- eine Vernetzung der Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule und Erwachsenenbildung zu Bildungsregionen;
- einen qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung,
- die Verbesserung / Modernisierung der Ausstattung der Schulen und des Arbeitsplatzes Schule;
- eine Förderung des Breitensportes und eine Verknüpfung von Schule und Sportvereinen;
- ein angepasstes Instandhaltungsprogramm für die Schulsportplätze. Die Ausstattung ist auf die Anforderungen der Schulen abzustimmen. Die Sporteinrichtungen sollen weiterhin kostenfrei dem Breitensport zur Verfügung stehen!
- die Vollendung eines Reitwegeringes um unsere Stadt;
- die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe;
- die Zusammenführung von Horten und Ganztagschulen, um für kurze Wege zu sorgen und Parallelstrukturen zu vermeiden.
- den Erhalt des zentralen Bildungsstandortes Celle. Die aus Infrastrukturgründen von einigen Gemeinden im Kreisgebiet geforderten Oberschulen mit angegliederter Sekundarstufe I gefährden die leistungsfähigen Gymnasien in unserer Stadt.
- Wettbewerb im bestehenden Schulsystem und Schuleinzugsgebiete weitgehend auflösen.
- Die Entwicklung Europas erfordert die Beherrschung von drei Fremdsprachen. Wir fordern eine Frühvermittlung von Fremdsprachen bereits im Kindergarten. Dazu ist eine wissenschaftlich begleitete Konzeption zu entwickeln und deren Umsetzung zu erproben.
- eine Stiftung "Bildung in Celle" initiieren und fördern. Sie soll über die Pflichtaufgaben hinaus zusätzliche Bildungsangebote finanzieren
- die Betreuungsangebote stärker flexibilisieren um Kinderbetreuung und Beruf stärker miteinander vereinbaren zu können.
- Kindern geschützte Orte zum Leben und Spielen geben und ihre Bedürfnisse im Strassenraum berücksichtigen
- Nutzung und Ausbau des Celler Gesundheitswesens auch als Kompetenzzentrum und Wirtschaftsfaktor.

#### 4. Verwaltung und kommunale Finanzen

Wir Liberale bekennen uns zu einer modernen und bürgeroffenen Kommunalverwaltung, die sich an den Wünschen ihrer Kunden und Eigentümer – den Bürgerinnen und Bürgern – und der wirtschaftlichen Erledigung von Aufgaben orientiert. Der Schlüssel hierfür sind gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen ein.



Wir Liberale setzen auf das Konzept der Bürgerbüros, die als zentrale Anlaufstelle für Verwaltungsfragen den Bürgerinnen und Bürgern Behördengänge abnimmt. Gleichzeitig wollen wir verstärkt Internetangebote ausbauen und damit virtuelle Bürgerbüros schaffen.

Die Basis einer guten Verwaltung ist eine solide Finanzierung. Wir Freien Demokraten wollen für unsere Stadt eine auskömmliche und verlässliche Finanzgrundlage und fordern mehr Rechte und Eigenverantwortung für Städte und Gemeinden bei der Gestaltung der Steuereinnahmen. Hierzu soll die Gewerbesteuer durch einen eigenen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und

eine deutlich höhere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Dabei ist die Steuergerechtigkeit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern zu wahren, d.h. Zuschläge auf die Einkommenssteuer durch die Kommunen dürfen nur nach vorheriger deutlicher Senkung der Einkommensstarife gestattet werden. So werden die kommunalen Finanzen auf eine konjunkturunabhängige und planbare Basis gestellt.

Mischfinanzierungen von Investitionen, die durch Land, Bund und EU gefördert werden, sind kritisch zu prüfen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Folgekosten meist nur von der Stadt zu tragen sind. Investitionen sind nur dann durchzuführen, wenn langfristig der Nutzen die damit verbundenen Ausgaben rechtfertigt.



### **Liberaler Verwaltungs- und Finanzpolitik setzt sich ein für:**

- eine einheitliche Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger in der Verwaltung, auch durch Ausbau eines virtuellen Bürgerbüros
- eine sparsame und langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik ohne Nettoneuverschuldung;
- eine verlässliche kommunale Finanzpolitik durch eine konjunkturunabhängige Steuerbasis;
- Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltspolitik.
- eine interkommunale Aufgabenwahrnehmung um doppelte Verwaltungskosten einzusparen.
- eine Zurückführung von ehrgeizigen Ziel-1-Vorhaben im Stadtgebiet auf einen moderaten und finanzpolitisch vertretbaren Umfang (z.B. "Allerinsel").
- eine Übertragung des Gebäudemanagements für städtische Liegenschaften auf andere Aufgabenträger (z.B. Wohnungsbau Gesellschaft).
- einen Verkauf städtischer Liegenschaften, die nicht für Stadtentwicklungszwecke benötigt werden. Sie binden unnötig Verwaltungskraft und Kapital.
- eine Zurückführung der Liquiditätskredite (Überziehungskredite) der Stadt Celle, weil bei zu erwartenden Zinserhöhungen der Haushalt der Stadt Celle zusammenbrechen würde. Der Kreditrahmen liegt derzeit bei über 100 Mio. Euro!
- eine grundsätzliche Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Reduzierung von Kreditaufnahmen.
- für Klarheit bei den Kostenfolgen. Bei der Beschlussfassung über künftige Investitionsvorhaben soll die Verwaltung verpflichtet werden, dem Rat eine fachlich begründete Kostenfolgeneinschätzung für die angenommene Lebensdauer des Investitionsvorhabens vorzulegen um dem Rat die tatsächlich entstehenden langfristigen Kosten zu verdeutlichen.

### **Wir wollen**

- keine weitere Erhöhung der Gewerbe- sowie der Grundsteuern
- keine Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe.

## 5. Mobilität und Strukturentwicklung

Mobilität ist ein Grundbedürfnis einer Gesellschaft. Sie ist die zentrale Voraussetzung für individuelle Freiheit und Lebensqualität. Gerade viele junge und ältere Menschen, die im ländlichen Raum leben, sind auf die Verfügbarkeit guter Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs angewiesen. Aufgabe der Kommunen ist es daher, diese Versorgung zu gewährleisten. Mobilität hat für Niedersachsen auch eine starke wirtschaftliche Bedeutung, denn durch eine leistungsfähige Infrastruktur sind unsere Kommunen an Wirtschaftszentren und nationale sowie internationale Verkehrsdrehkreuze angebunden.

Für uns Freie Demokraten ist das Herz der Stadt die Innenstadt. Sie lebt durch die Ergänzung angrenzender Stadtteile und Gemeinden. Eine lebendige Innenstadt bildet das Zentrum für die gesellschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung einer Stadt. Sie ist unser Handelszentrum.



Der Versuch, die Innenstadt durch ein Einkaufszentrum zu beleben, ist in Celle gescheitert. Es bleibt dabei, dass wir das von der FDP verhinderte übergroße ECE-Center weiterhin ablehnen. Wir unterstützen vorbehaltlos jegliche private Initiative zur Schaffung von integrierten großen Verkaufsflächen in der Innenstadt um fehlende Angebote zu ergänzen.

Die Belange von älteren und behinderten Menschen sind im Bau- und Verkehrsbereich der Kommunen stärker zu berücksichtigen, beispielsweise durch möglichst wenige Schwellen und akustische Signale zur Hör- sowie Kontrastoptimierung für Sehbehinderte (barrierefreie Stadt).

Die FDP fühlt sich verbunden mit den Soldaten und Bundeswehrangehörigen und der Tradition als Garnisonsstadt. Nach Auflösung der in Scheuen stationierten Panzerbataillone und dem kurzfristigen Abzug der britischen Streitkräfte ist die militärische Bedeutung der Stadt Celle als Bundeswehrstandort gesunken. Im Rahmen der Bundeswehrreform setzt sich die FDP-Celle für den Erhalt des Standortes Celle ein. Wir unterstützen ein Verbundsystem mit umliegenden Standorten.

Wir setzen uns für eine Verringerung der Luftschadstoff- und Lärmbelastung in den Städten ein, zum Beispiel durch Verkehrslenkungsmaßnahmen und Begrünungen.

**Unsere Strukturpolitik setzt sich vor Ort dafür ein, dass:**

- in der Stadt- und Infrastrukturpolitik die Bürgerinnen und Bürger durch Dialog- und Mitentscheidungsmöglichkeiten gezielt in die Planung eingebunden werden;
- die Bürger bei der Wahl Ihres Verkehrsmittels nicht von der Politik bevormundet werden;
- Lärm- und Emissionsbelastungen kontinuierlich sinken, beispielsweise durch optimierte Ampelschaltungen, Kreisverkehre und einen intelligenten, umweltfreundlichen ÖPNV;
- keine weiteren zeitungebundenen 30 km/h-Zonen an Durchgangsstrassen eingerichtet werden;
- im öffentlichen Fuhrpark vermehrt auf Elektromobilität gesetzt wird und kommunale Konzepte entwickelt werden, die privat genutzten Elektrofahrzeugen Vorrang vor anderen Verkehrsteilnehmern einräumen (Elektrotankstellen, Benutzung von Busspuren, kostenlose Parkplätze);
- mehr Freiraum für unternehmerische Initiativen entstehen und eine verbindlich vorgeschriebene wettbewerbliche Vergabe von ÖPNV-Leistungen erfolgt;
- eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Nahverkehrsplanung erfolgt. Die Versorgung ist insbesondere im ländlichen Raum bedarfsorientierter zu gestalten.
- eine zeitnahe Realisierung der Ostumgehung mit Lückenschluss zum Wilhelm-Heinichen Ring erfolgt;
- eine konsequente Realisierung des gegenläufigen Verkehrs auf dem Nordwall erfolgt um die Innenstadt für die Bürger aus dem Nordbereich leichter erreichbar zu machen;
- unsere Innenstadt zukunftsfähig wird und dort Wohnraum für zeitgemäßes Wohnen geschaffen wird;
- Park- und Aufladeplätze für Elektrofahrzeuge eingerichtet werden
- eine Querverbindung zwischen den Ortsteilen "Wietzenbruch" und "Westercelle" geschaffen wird;
- Wir lehnen eine Zerstörung des Schlossparkes durch eine stärkere Verkehrsführung über die Katzensteinstrasse ab und
- wollen das Oberlandesgericht mit einem städtebaulich attraktiven Vorplatz zum Schlossplatz hin ausstatten.

## **6. Umwelt, Energie und Landwirtschaft**

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität – für die heutigen wie auch für die künftigen Generationen. Sie stellt unsere natürlichen Lebensgrundlagen zur Verfügung.

Durch den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung sollen Naturräume im Außenbereich nicht unnötig durch Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Mit einer verstärkten Reaktivierung von Industrie- und Gewerbebrachen im Innenbereich erreichen wir eine Reduzierung des Flächenverbrauchs. Im Rahmen der Bauleitplanung soll beim gesetzlich geforderten Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt verstärkt auf eine nachhaltige Kompensation des Eingriffs geachtet werden, wobei monetäre Ausgleichszahlungen für Naturschutzzwecke verstärkt Berücksichtigung finden sollten.



Auch der Hochwasserschutz profitiert vom Erhalt und der Schaffung von Naturräumen, da so zusätzlicher Rückhaltungsraum entsteht. Wo es erforderlich ist, muss der natürliche Hochwasserschutz durch technischen ergänzt werden. Priorität muss der Schutz von Leib und Leben sowie Hab und Gut haben.

Naturschutz und die mit ihm oftmals verbundenen Einschränkungen für die Nutzung der Natur finden nur dann die erforderliche Akzeptanz, wenn der Naturschutz mit den Menschen entwickelt wird und nicht gegen sie. Dabei ist der Grundsatz zu berücksichtigen, dass bei notwendigen Maßnahmen nicht stets das schärfste, sondern das ausreichende Mittel angewandt werden soll und die Betroffenen als Partner, insbesondere die Landwirte, frühzeitig, offen und transparent in die Verfahren, etwa bei der Ausweisung von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, eingebunden werden. Die Natur dauerhaft zu schützen, gelingt nur, wenn die Menschen diese Natur auch kennen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen deshalb die Schutzgebiete auf geeignete Art und Weise kennen lernen können und die Gelegenheit haben, die Natur zu erleben. Die Menschen dürfen nicht aus der Natur ausgeschlossen werden.

Die Akzeptanz der Bürger ist auch für regenerative Energien ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Der Ausbau der Windenergie und der Bau von Biogas- und Photovoltaik-Anlagen hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Dies führt auch zu Problemen, die zur Förderung der Akzeptanz der erneuerbaren Energien bei Änderungen des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) berücksichtigt werden sollten.

**Liberaler Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vor Ort folgt den Grundsätzen:**

- Innenentwicklung in den Gemeinden schützt die Naturräume im Außenbereich und reduziert den Flächenverbrauch;
- Natur muss für die Bürgerinnen und Bürger zu erleben sein, damit sie für den Naturschutz eintreten. Er wird mit den Menschen entwickelt und bezieht alle Beteiligten mit ein;
- Bei kommunalen Bauvorhaben, etwa dem Sportstättenbau, gewährleisten ökologische und Ressourcen schonende Konzepte einen verbrauchsärmeren und somit günstigeren und Umwelt schonenderen Betrieb;
- Landwirtschaftliche Betriebe behalten im Sinne einer unternehmerischen Landwirtschaft die Chance, sich weiter zu entwickeln;
- Effiziente Entsorgung von Abfällen bedeutet auch Wertstoffgewinnung, kommunale Betriebe treten dabei in Wettbewerb mit anderen Anbietern.
- Hochwasserschutz unter Berücksichtigung des gesamten Flussverlaufes von Fuhse und Aller.
- Wir unterstützen alle Bemühungen, die Gebührenbelastungen von Bürgerinnen und Bürgern auch im Bereich der Abfallentsorgung zu reduzieren.
- Wir wollen, dass die Stadtwerke Celle revitalisiert werden und sie unter geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen wieder einen stärkeren Zugang zur Produktion von elektrischer Energie erhalten.  
Langfristig wird ein nennenswerter Teil unserer Energie wieder in unserer Region produziert werden.
- Wir wollen Wasserkraft zur Energieerzeugung stärker nutzen;
- Geothermische Entwicklungen und Anwendungen fördern;

## **7. Politik für mehr Lebensfreude und Zusammenhalt**

Kultur, Sport und Bewegung leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen der Menschen. Hierfür sind Rahmenbedingungen notwendig, die Menschen jeder sozialen Herkunft und in jedem Alter ermöglichen, sich zu beteiligen. Angesichts des Anwachsens des älteren Bevölkerungsteils brauchen gerade Menschen über 50 mehr Chancen, ihr Bewegungspotential zu aktivieren .

Die FDP will die Bewegungsförderung in der Lebenswelt Ihrer Bürger stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Vereine, die Wohlfahrtsverbände, die Volkshochschulen und auch die Ärzteschaft vor Ort kooperieren um die Bürger gemeinsam über ihre Aktivitäten und Angeboten informieren. Darüber hinaus wollen wir für die (Weiter-) Entwicklung von Bewegungsangeboten, Raummöglichkeiten, Kooperationen sowie die Information und Beratung von Interessierten fördern, um die Zahl aktiver Älterer durch vernetzte Arbeit vor Ort zu steigern.



Kultur stiftet einer liberalen Bürgergesellschaft Identität. Liberale setzen bei der Weiterentwicklung unserer Demokratie auf die Ideen der Aufklärung. Dialog und Toleranz sind die Gegengewichte zu Gleichgültigkeit, Streit und Willkür. Kunst und Kultur sind wichtige Elemente der Stadtentwicklung, auch über Einzelinteressen hinaus, denn sie geben den Städten und Gemeinden ein unverwechselbares Gesicht. Auch in Zeiten knapper Kassen bleiben förderliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur eine öffentliche Aufgabe.

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und Ansporn für individuelle Leistungen. Sie ist Motor für die Persönlichkeitsentwicklung, fördert Kommunikations- und Handlungskompetenz sowie Ausdrucksfähigkeit. Sie macht Menschen stark und stolz auf eigene Fähigkeiten. Das Angebot kultureller Bildung muss sich den neuen Herausforderungen stellen und im Zuge des demographischen Wandels für Jung und Alt attraktiv sein.

In Celle arbeiten auch junge Menschen aus Zuwandererfamilien mit überragenden Fleiß. Viele Beispiele gelungener Integrations- und Aufsteigerbiographien machen dies deutlich. Wir wollen, dass alle Menschen dieselbe Chancengleichheit und Akzeptanz erfahren und werden aktiv alle Bemühungen unterstützen, die das gegenseitige Aufeinanderzugehen fördern.

In Celle findet sich eine Vielzahl von Beratungsangeboten für unterschiedliche Lebenssituationen, wie z. B. Familien- und Seniorenservicebüros, Drogen- und Suchtberatung, Schuldnerberatung oder Seelsorge. In unserer liberalen Sozialpolitik treten wir für eine Vielfalt der Träger ein. Die Beratungsangebote müssen flexibel am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden können und für alle Betroffenen erreichbar sein.

**Liberaler Politik für größere Lebensfreude und Zusammenhalt, setzt sich ein für:**

- eine stärkere Wertschätzung der gesundheitsrelevanten Leistungen, die in unseren Sportvereinen auf vornehmlich ehrenamtlicher Basis geleistet werden, besonders unter den Gesichtspunkten der Prävention und der Rehabilitation;
- die Planung von alten- und behindertengerechten Wohnungen integriert in Neubaugebieten. Dies gilt insbesondere auch für die Altstadt;
- eine bessere Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen;
- die zeitgemäße Beibehaltung der Förderung von Sportvereinen, indem nicht einseitig Kosten für die Vereine erhöht werden. Entscheidendes Kriterium für die Förderungswürdigkeit ist die Mitgliedschaft der Vereine im Kreissportbund. Der Grad der Eigenbeteiligung der Mitglieder soll berücksichtigt werden;
- Pflege und Erhalt der kulturellen Identität unserer Region;
- die Erarbeitung kommunaler Kulturleitbilder;
- eine offene und diversifizierte Kulturförderung;
- erleichterten Zugang zu Büchereien und zu kommunal geförderten Musik-, Theater- und Kunstschulen;
- Angebote für Gruppen an Schulen und Kindergärten zur Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen;
- die Verfolgung anspruchsvoller kultureller Pläne, um als Oberzentrum auch gegenüber anderen Städten bestehen zu können;
- kritische und unbequeme Kunst in alter Stadt;
- einen Austausch von Werken, Objekten und Ausstellungen zwischen den Partnerstädten;
- die Anbindung der Stadt an den Hugenottenwanderweg;
- eine weitere Förderung des 24-Stunden-Kunstmuseums mit der Sammlung Simon;
- eine stärkere Einbindung des Schlosses in das Stadtleben über die rein touristische Nutzung hinaus.

- **Wählen gehen**
- **Rote Mehrheit verhindern**
- **3 x FDP wählen**

Verantwortlich für den Inhalt: FDP OV Celle, Bürger Landstraße 58, 29227 Celle – Jutta Krumbach